



GENERALDIREKTION INTERNE POLITIKBEREICHE
FACHABTEILUNG A: WIRTSCHAFTS- UND WISSENSCHAFTSPOLITIK
UMWELTFRAGEN, VOLKSGESUNDHEIT UND
LEBENSMITTELSICHERHEIT

Workshop
Gesundheit in allen Politikbereichen
Brüssel
25. Mai 2011

Protokoll

Kurzfassung

Schon seit langem werden bei der Ausarbeitung politischer Maßnahmen in Bereichen wie Landwirtschaft, Umweltschutz, Lebensmittel und anderen die Auswirkungen neuer Rechtsakte auf die Gesundheit berücksichtigt. Inzwischen ist die Einbindung der Gesundheitspolitik in alle Politikbereiche im Vertrag von Lissabon verankert (Art. 168). Ziel dieses Workshops war es, einen aktuellen Überblick über die Umsetzung dieses Ansatzes innerhalb der verschiedenen Kommissionsdienststellen zu geben. Vertreter mehrerer Generaldirektionen trugen unter der Leitung der GD SANCO zum Workshop bei. Am Beispiel der Niederlande wurde aufgezeigt, wie der Ansatz in einem Mitgliedstaat funktioniert.

Dieser Workshop wurde vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments beantragt.

HERAUSGEBER

Anja KARLSSON, Purificación TEJEDOR DEL REAL, Marcelo SOSA-IUDICISSA

ZUSTÄNDIGE BEAMTE

Dr. Marcelo SOSA-IUDICISSA
Dr. Purificación TEJEDOR DEL REAL
Fachabteilung Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik
Europäisches Parlament
B-1047 Brüssel
E-Mail: Poldep-Economy-Science@europarl.europa.eu

SPRACHFASSUNGEN

Original: EN
Zusammenfassung: DE/FR

ÜBER DEN HERAUSGEBER

Kontakt zur Fachabteilung oder Bestellung des monatlichen Newsletters: H
Poldep-Economy-Science@europarl.europa.eu

Redaktionsschluss: August 2011

Brüssel, © Europäisches Parlament, 2011

Das Dokument ist im Internet abrufbar unter:
<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies.do?languages=DE>

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Für die in diesem Dokument vertretenen Auffassungen sind allein die Teilnehmer des Workshops verantwortlich; sie entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

.

ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Bericht werden die Präsentationen und Diskussionen zusammengefasst, die auf dem Workshop zum Thema „Gesundheit in allen Politikbereichen: die Entwicklung von Synergien mit allen Sektoren als wesentlicher Bestandteil einer starken gemeinschaftlichen Gesundheitspolitik“ abgehalten wurden. Der Workshop wurde vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments angefordert und von Glenis Willmott (MdEP) und Alojz Peterle (MdEP), den gemeinsamen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für Gesundheit dieses Ausschusses, ausgerichtet. Ziel dieses Workshops war ein Austausch darüber, wie das heute im Vertrag von Lissabon verankerte Prinzip der Einbeziehung der Gesundheit in alle Politikbereiche in der Praxis angewandt wird und künftig weiter ausgebaut werden kann. Die Sitzungen bestanden jeweils aus einem Meinungsaustausch mit Vertretern und Sachverständigen aus EU-Institutionen und -Einrichtungen, Behörden der Mitgliedstaaten, dem Gesundheitswesen und Patientenorganisationen.

In seinen einleitenden Worten erwähnte Alojz Peterle (MdEP) das 2007 von der Kommission vorgelegte Weißbuch *Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008–2013* (KOM(2007)0630), in dem betont wird, dass Gesundheitsaspekte in allen Politikbereichen zu berücksichtigen sind. Peterle stellte die Frage, ob in den Jahren seit der Annahme des Prinzips „Gesundheit in allen Politikbereichen“ eine integrierte Gesundheitsstrategie entwickelt wurde. Glenis Willmott (MdEP), Mitvorsitzende, unterstrich zudem das Anliegen, Gesundheitspolitik überall zu fördern, und betonte die diesbezügliche Rolle des Europäischen Parlaments.

Im ersten Teil des Workshops wurden die Präsentationen der Vertreter aus Politik und Institutionen zu strategischen Perspektiven besprochen.

In ihrer Eingangspräsentation stellte Paola Testori Coggi (Generaldirektorin der GD SANCO) fest, dass das Modell „Gesundheit in allen Politikbereichen“ eine großartige Errungenschaft ist, auch wenn es noch einige Schwierigkeiten zu überwinden gilt. Sie gab einen Überblick über die Arbeit, die die GD SANCO in Bezug auf dieses Modell leistet und ging dabei besonders auf die Gesundheitspolitik der Generaldirektion und die wesentlichen Kernbereiche und die Akteure der Maßnahmen zum Erreichen der Ziele der Strategie Europa 2020 ein. Sie betonte, dass, die Gesundheitssysteme zwar in nationaler Zuständigkeit liegen, dass aber auch auf EU-Ebene Fortschritte erzielt wurden, so beispielsweise durch die Einigung über die Richtlinie 2011/24/EU über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Des Weiteren, so Testori Coggi, sei man sich in den Mitgliedstaaten darüber einig, dass die Herausforderung, nachhaltige Gesundheitssysteme aufrechtzuerhalten, nur durch eine stärkere Integration auf europäischer Ebene bewältigt werden kann.

Testori Coggi nannte folgende vier Einflussgrößen, die für die Gesundheit von grundlegender Bedeutung sind: a) Alter, Geschlecht und genetische Faktoren, b) Gesundheitssysteme, c) ökologische und sozioökonomische Faktoren, und d) Lebensweise. Ökologische und sozioökonomische Einflussgrößen für die Gesundheit würden in der Regel in anderen Politikbereichen verortet als in der Gesundheitspolitik, und deshalb sei die Zusammenarbeit mit anderen Politikbereichen, wie beispielsweise der Umweltschutz-, Gesellschafts-, Regional-, Landwirtschafts- und Forschungspolitik, wichtig. Testori Coggi betonte darüber hinaus, dass die Integration der Gesundheit in alle Politikbereiche und Maßnahmen in dem neuen Artikel des Vertrags von Lissabon (Art. 168) vorgesehen ist.

Im Zusammenhang mit der integrierten Politik wies sie auf die thematischen Arbeitsgruppen hin, die von der GD SANCO geleitet werden. Testori Coggi benannte ferner Gesundheitsorganisationen und Industrie als weitere bedeutende Akteure, die mit der GD SANCO in der Gesundheitspolitik zusammenarbeiten. Abschließend unterstrich sie die Rolle des Europäischen Parlaments und insbesondere des Ausschusses ENVI als wichtiger Partner und Sprachrohr für die Bürger in Europa.

Nicoline Tamsma (leitende Beraterin für internationale Angelegenheiten, öffentliche Gesundheit und Gesundheitsdienste, Rijksinstituut voor Volksgezondheid en Milieu (RIVM), Niederlande) gab einen Einblick in die Umsetzung des Modells „Gesundheit in allen Politikbereichen“ auf nationaler Ebene. Sie berichtete, dass die Niederlande schon seit 1986 einen integrierten gesundheitspolitischen Ansatz verfolgen. Damals wurde das Wissen um den Einfluss sozialer, ökologischer und biologischer Faktoren als zentral für die nationale Vision eines gesunden niederländischen Volkes angesehen.

Tamsma informierte über die 2007 eingeleitete Gesundheitsstrategie „*Gesund sein, gesund bleiben*“ zur Verbesserung der Gesundheit und zum Abbau von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich. Sie wies darauf hin, dass die niederländische Regierung den Nutzen der Gesundheitspolitik für andere Bereiche erkennt und die Verbesserung der Gesundheit als Gemeininteresse ansieht. Eine Reihe nationaler Programme seien daher ins Leben gerufen worden, die auch kommunale Maßnahmen unterstützen sollen. Des Weiteren habe das Ministerium für Gesundheit, Gemeinwesen und Sport eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, um Koordination und Dialog im gesamten Regierungsapparat zu vereinfachen.

Tamsma teilt mit, dass das Centrum Gezond Leven (Zentrum für gesundes Leben) des RIVM im Wege der Bewertung der Qualität, Effizienz und Kohärenz von gesundheitsfördernden Maßnahmen in den Niederlanden federführend bei der Erstellung dieses Handbuchs war. Dieses Zentrum sei für das nationale Programm für gesunde Schulen zuständig. Es führe überdies Studien zu politikbereichsübergreifenden Maßnahmen und Prozessen durch, auch zu den Erkenntnissen über Maßnahmen für gefahrenfreie Wohn- und Arbeitsbedingungen, gegen das Rauchen und für die Eindämmung verkehrsbedingter Verletzungen.

Darüber hinaus enthalte der nationale Aktionsplan für Umweltschutz und Gesundheit auch Ziele bezüglich der Gesundheit von Kindern, die sich an den Rahmenvorgaben der Weltgesundheitsorganisation orientieren. Abschließend unterstrich Tamsma, dass die Politikbereiche Gesundheit und Beschäftigung sich gegenseitig stärken und dass das RIVM führend an der nationalen Umsetzung der REACH-Verordnung und der CLP-Verordnung am Arbeitsplatz beteiligt ist.

Der zweite Teil des Workshops bestand aus einem Rundtischgespräch über „technische Aspekte“, in dem sich Vertreter von sechs Generaldirektionen der Kommission über das Modell Gesundheit in allen Politikbereichen in Europa austauschten.

Pēteris Zilgalvis (Leiter der Abteilung IKT für Gesundheit, GD INFSO) sprach über die Arbeit der GD INFSO mit eHealth (Informations- und Kommunikationstechnologien und -dienste für Gesundheit), die in verschiedenen Politikbereichen der Kommission anzutreffen ist, wie beispielsweise in den Leitinitiativen „Digitale Agenda für Europa“ und „Innovationsunion“ im Rahmen der Strategie Europa 2020. Es gebe starke Synergien in der Arbeit mit eHealth zwischen den einzelnen Generaldirektionen. Die GD INFSO wolle im Rahmen der Strategie Europa 2020 auf dem Gebiet der eHealth klinische Informationssysteme, telemedizinische Systeme und Dienste, regionale und nationale Gesundheitsinformationsnetze sowie Zweitverwertungssysteme bzw. nichtklinische Systeme nutzen, um die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen. Abschließend betonte Zilgalvis, dass die GD INFSO ein

Arbeitspapier zur Telemedizin ausarbeitet und gemeinsam mit der GD JUST an der Revision der Datenschutzrichtlinie, soweit sie Gesundheitsdaten betrifft, arbeitet.

Ralf Jakob (Leiter des Referats Aktives Altern, Rente, Soziale Dienstleistungen, Direktion Europa 2020: Sozialpolitik, GD EMPL) unterstrich die Bedeutung und Relevanz des Themas „Gesundheit in allen Politikbereichen“. Er betonte, dass zwar die Gesundheitspolitik zweifellos der bedeutendste Faktor für Gesundheit sei, dass aber andere Politikbereiche, wie etwa Beschäftigungspolitik, ebenfalls einen großen Einfluss hätten. Daher sei eine umfassendere Betrachtung von Gesundheitsthemen von größter Wichtigkeit. Beim Vergleich des Gesundheitsstatus zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten werde deutlich, dass einige Verbesserungen nötig seien, so Jacob.

Er unterstrich, dass der Abbau von gesundheitsbezogenen Ungleichheiten eine der Prioritäten des Modells „Gesundheit in allen Politikbereichen“ sein muss. Zu diesem Zweck habe die GD EMPL mit der Förderung von sechs Projekten, die auf gefährdete Regionen und Bevölkerungsgruppen abzielen, einen ersten Schritt unternommen. Auch gelte es ein Statistik-Instrument aufzubauen, weshalb die GD EMPL eng mit EUROSTAT zusammenarbeite.

Kevin McCarthy (Leiter des Bereichs Forschung in Bezug auf öffentliche Gesundheit und Gesundheitsdienste, GD FTE) stellte fest, dass die Forschung zwar etwas abseits der gegenwärtigen Diskussion über Gesundheit in allen Politikbereichen stehe, dass aber die GD FTE engen Kontakt dazu habe. Gesundheit sei eines der Hauptforschungsbereiche der GD FTE; somit leiste die GD FTE Beiträge zu dem Anliegen „Gesundheit in alle Politikbereichen“ auf europäischer Ebene. Als einen Gegenstand der Forschung in der GD FTE mit Relevanz für die Einbindung der Gesundheit in alle Politikbereiche erwähnte er die Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung, die im 7. Rahmenprogramm zur Geltung gebracht wird. Momentan fördere die GD FTE über 109 Forschungsprojekte auf sehr unterschiedlichen Gebieten, an denen mehr als 1000 Wissenschaftler beteiligt sind, und für die die GD FTE über 275 Millionen Euro ausgibt. Im Bereich Gesundheit würden mehrere Forschungsprojekte durchgeführt – so etwa zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zu Gesundheitssystemen – mit einem Finanzierungsvolumen von über 70 Millionen Euro. Darüber hinaus sei die Arbeit der GD FTE ständig mit politischen Initiativen der Kollegen anderer Generaldirektionen, beispielweise der GD SANCO, abzustimmen. McCarthy erwähnte Projekte der GD FTE zur gesellschaftlichen Innovation und einen Fahrplan für die Forschung über das Altern.

Gabriella Fesus (Politikberaterin, Referat Konzeption, Prospektive, Auswirkungsanalyse; Direktion Regionalpolitik, GD REGIO) unterstrich, dass die Hauptziele der europäischen Kohäsionspolitik die Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und die Verringerung der Unterschiede in Europa sind. Besonders die regionalen Unterschiede in Bezug auf Produktivitäts-, Gesundheits- und Sozialindikatoren sowie auf die Anfälligkeit gegenüber Klimaveränderungen seien stark ausgeprägt. Zwar finde bei einigen Indikatoren eine Annäherung statt, dennoch blieben die Unterschiede groß.

Fesus hob des Weiteren hervor, dass im Zuge von Gesundheitsinvestitionen ökonomische, soziale und territoriale Kohäsionsziele berücksichtigt werden sollten. Auf der Ebene der Strukturfonds sollten gegen Engpässe in Sachen Gesundheit und Gesundheitswesen vorgegangen werden, die die regionale Entwicklung und das regionale Wachstum hemmen. Fesus wies darauf hin, dass Gesundheit für die Strukturfonds der Jahre 2007–2013 zu den Prioritäten gehört; fünf Milliarden Euro würden für Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur und zusätzliche Ressourcen für eHealth ausgegeben.

Wolle man das Konzept „Gesundheit in allen Politikbereichen“ weiter stärken, bedürfe es einer Einbindung in umfassende langfristige Strategien auf nationaler und regionaler Ebene, so Fesus weiter.

Lars Hoelgaard (Sonderberater und Leiter der für die Ausarbeitung neuer Maßnahmen zuständigen Task Force, GD AGRI) betonte zunächst, dass die Zusammenarbeit zwischen den Generaldirektionen der Kommission üblich ist. Zum Thema „Gesundheit in allen Politikbereichen“ unterstrich er, dass die GD AGRI die Gesundheit stets in ihre Maßnahmen einbezieht. Aus seiner Sicht als zuständiger Direktor für Veterinärpolitik und Pflanzenschutz sind gesundheitspolitische Themen ein wichtiger Teil der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), etwa in den Teilbereichen EU-Pestizidrechtsvorschriften, öffentliche Gesundheit und Tiergesundheit. Ist das Vertrauen der Verbraucher in die gesundheitliche Unbedenklichkeit der Produkte und ihres Verbrauchs gestört, wirke sich dies negativ auf die Erzeuger aus. Zu den Initiativen der GAP gehörten auch die EU-Regelung für Schulmilch, die mit der Förderung fettarmer Milcherzeugnissen die Gesundheit der Kinder verbessern soll, und die Schulobst-Regelung, an der sich 24 Mitgliedstaaten beteiligen, so Hoelgaard.

In ihren abschließenden Worten betonte Paola Testori Coggi, dass wir sicherstellen müssen, dass Gesundheitsthemen ein Kernpunkt aller Politikbereiche bleiben, insbesondere aber in Innovation und Forschung sowie Sozial-, Regional-, Bildungs- und Landwirtschaftspolitik. Glenis Willmott (MdEP) fasste die Inhalte des Workshops zusammen und hob dabei den Überblick der Kommission über die integrierte Gesundheitspolitik und dazugehörige Faktoren hervor sowie die Beiträge der einzelnen Generaldirektionen, die mit Gesundheitsthemen befasst sind, und die Aspekte zur Umsetzung in den Niederlanden, aus denen hervorgeht, dass ein langfristiges und konsequentes Engagement nötig ist. Politischer Wille sei gefordert, so Willmott abschließend, um die Schwierigkeiten im Bereich der Gesundheit anzupacken. Peterle (MdEP) erklärte sich darüber hinaus überzeugt, dass Nachhaltigkeit nur durch eine gesunde Bevölkerung und gesunde Arbeitskräfte erreicht werden kann. Anstrengungen auf europäischer Ebene seien wesentlich, und für eine bessere Gesundheit sei „mehr Europa“ nötig.